

Millionengrab Augsburger Hauptbahnhof

Nürnberger Nachrichten, 30.10.2019

In seinem Schwarzbuch listet der **BUND DER STEUERZAHLER** auch zahlreiche bayerische Beispiele für die Verschwendungen von Steuermitteln auf. VON ARNO STOFFELS

NÜRNBERG. Natürlich hat auch Michael Jäger ein Herz für die Haselmäuse. Aber ob die Tiere in Vilshofen wirklich für 93 000 Euro eine Querungshilfe in Form einer sieben Meter hohen und 20 Meter langen Brücke über die neue Umgehungsstraße gebraucht hätten, ist für den Vizepräsidenten des Bunds der Steuerzahler (BdSt) in Bayern zumindest fraglich.

Auch, weil erst nach der Winterruhe der streng geschützten Nager feststehen wird, ob sie das teure Bauwerk überhaupt nutzen werden, um von einem Biotop zum anderen zu kommen. „Das ist schon zum Schmunzeln“, sagt Jäger. Allerdings nicht für das Staatliche Bauamt in Passau. Denn die Röhre in luftiger Höhe, die nach einer Klage von Naturschützern gegen die neue Straße errichtet werden musste, hat es in das neue Schwarzbuch des BdSt geschafft. Als Beispiel der Verschwendungen oder zumindest des nachlässigen Umgangs mit Mitteln der öffentlichen Hand.

Rund 100 Beispiele

Neben öffentlichkeitswirksamen Skurrilitäten wie der Haselmausbrücke oder teuren Sitzgelegenheiten für Passanten in der Münchner Innenstadt finden sich in dem Werk mit rund 100 Beispielen auch wieder Fälle, in denen es um mehrstellige Millionenbeträge geht, die in Jägers Augen bei umsichtiger Planung nicht zulasten der von Steuerzahlern verdienten Gelder angefallen wären. Darunter beispielsweise der von der Bayerischen Staatsregierung angemietete Hangar 3 am Münchener Flughafen, der als Abschiebehafteinrichtung mit 30 Plätzen genutzt wird.

Die Kosten belaufen sich auf 425 000 Euro monatlich. Bis zum 9. Juli 2019



Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Seit vielen Jahren wird an Augsburgs teuerster und wohl auch umstrittenster Baustelle gearbeitet. Denn die Kosten für die Umgestaltung des Hauptbahnhofs sind längst explodiert, der Bund der Steuerzahler spricht von einem „Fass ohne Boden“.

wurden seit der Inbetriebnahme im September 2018 durchschnittlich rund 18 Ausreisepflichtige pro Monat untergebracht. „Das entspricht 23 000 Euro für jede Person, da ist die Unterbringung in einem Fünf-Sterne-Hotel günstiger“, so Jäger. Dass diese Lösung zu kostspielig ist, weiß inzwischen aber auch der Freistaat. Der Mietvertrag endet mit Ablauf des Jahres.

Ein anderes Vorhaben ist unterdessen noch nicht realisiert, findet sich

aber dennoch bereits in der Dokumentation des BdSt. Die geplante Verlagerung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen wird laut Jäger Baukosten von rund 50 Millionen Euro nach sich ziehen, dazu kommen weitere 13,5 Millionen Euro für Erschließungsmaßnahmen und die Gestaltung der Freianlagen.

Grundsätzlich sei die Behördenverlagerung zur Stärkung der Heimatstrategie des Freistaats zu begrüßen, meint

Jäger. Aber es stelle sich schon die Frage, ob die erhofften positiven Effekte mit Blick auf gerade einmal 20 neue Arbeitsplätze im Verhältnis zu den Kosten stehen. In anderen Fällen wurde die Latte für den Bund der Steuerzahler bereits klar gerissen.

Etwa beim Umbau des Augsburger Hauptbahnhofs mit der Errichtung eines Straßenbahntunnels. Das Projekt, das zu 80 Prozent von der öffentlichen Hand kofinanziert wird, „ist ein Fass

ohne Boden“, so Jäger. 2006 ging man noch von 70 Millionen Euro für den Tramtunnel aus, zwei Jahre später waren es bereits 94,5 Millionen Euro. Laut einer aktuellen Kostenprognose werden die Bau- und Planungskosten bei 210 Millionen Euro liegen, durch steigende Baupreise könnten es bis zur Fertigstellung 2023 aber auch zwischen 230 und 250 Millionen Euro sein. „Das darf in dieser Form einfach nicht passieren“, so Jäger.

Ebenso wenig wie die Kostensteigerung für die Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden. Sie wurde ursprünglich mit 14,6 Millionen Euro veranschlagt. Wegen Verzögerungen im Bauablauf und hinsichtlich des Brandschutzes und Sicherheitskonzepts werden es nach dem Ende der Arbeiten im Jahr 2022 wohl 30 Millionen Euro sein.

Teure Dauerbaustelle

Und dann wäre da im Freistaat auch noch die Generalsanierung des Deutschen Museums, die laut Jäger mit Sicherheit sinnvoll und nötig ist. 2011 stand hierfür eine Summe von 400 Millionen Euro im Raum, wovon Bund und Land jeweils 180 Millionen Euro tragen.

Schon jetzt ist klar, dass mindestens 150 Millionen Euro mehr nötig sind, damit das Museum vollständig saniert zu seinem 100. Geburtstag im Jahr 2025 wieder eröffnen kann.

Große Projekte sind immer komplex, sagt Jäger. Aber Baukostensteigerungen ließen sich vermeiden, wenn nicht schon im Zuge der Vergabe die Preise künstlich heruntergerechnet würden. Fast jedes zweite Bauprojekt des Bundes sprengt laut BdSt den veranschlagten Termin- und Kostenrahmen.